

her (Gesellschaftskunde, Fremdsprachen, Deutsch) eine einjährige Vorkursausbildung.

Jeder Vorkursstudent legt eine an den Anforderungen der Reifeprüfung orientierte Abschlußprüfung als fachgebundene Hochschulreife ab. Diese fachgebundene Hochschulreife wurde als Hochschulzugangsberechtigung für die entsprechenden Fachrichtungen durch die KMK mit den Einschränkungen, die auch in der DDR gelten, anerkannt.

Künftig ist vorgesehen, den Vorkurs auf drei Semester auszuweiten, beginnend mit dem Studienjahr 1991/92 an ausgewählten Hochschulen. Dazu werden bis September 1990 eine neue Rahmenordnung zur Durchführung von Vorkursen, eine neue Rahmenstudientafel sowie eine neue Prüfungsordnung erarbeitet.

Es ist auch daran gedacht, die Erfahrungen der Kollegs in der BRD zu nutzen, damit künftig in der Erwachsenenbildung die allgemeine Hochschulreife erworben werden kann.

Für Vorkursabsolventen vergangener Jahre besteht auch weiterhin die Möglichkeit der Komplettierung des Abiturs durch den Besuch von Einzellehrgängen an der Volkshochschule.

Anlage 7

Antwort des Ministers für Bildung und Wissenschaft, Herrn **Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer**, auf die Frage der Abgeordneten **Roswitha Stolfa (PDS)** - Drucksache Nr. 118

Frage 19

Es gibt gegenwärtig große Verunsicherung unter den Lehrern, die ab 1.9. 1990 im Fach Gesellschaftskunde unterrichten sollen, hinsichtlich der Inkraftsetzung der Rahmenprogramme für dieses Fach.

Wann ist eine verbindliche Äußerung von Ihnen zu erwarten, welche Rahmenprogramme für Oberschulen, EOS, Berufsschulen von Ihnen bestätigt worden sind?

Warum wird die Bereitschaft von Tausenden Lehrern, das Angebot mehrerer Hochschulen und Universitäten für ein postgraduales Studium im Fach Gesellschaftskunde anzunehmen, von Ihnen nicht dadurch unterstützt, daß die seit dem 10.4.1990 existierende Vorlage in Kraft gesetzt wird, die den Erwerb einer Lehrerbefähigung für dieses Fach bis 1994 vorsieht?

Antwort

zum Rahmenprogramm Fach Gesellschaftskunde

Die Rahmenpläne für den Gesellschaftskundeunterricht wurden als Arbeitsgrundlage und Erprobungslehrpläne für das Schuljahr 1990/91 in der Ministerdienstberatung vom 6. März 1990 als Vorlage 41/90 durch den damaligen Minister für Bildung, Herrn Prof. Dr. Emons, bestätigt. Es handelt sich um inhaltlich unterschiedliche Pläne für die Klassen 7 bis 10, die Abiturstufe und die Berufsausbildung.

Der Rahmenplan für die Berufsausbildung ist bereits gedruckt und ausgeliefert. Die Rahmenpläne für die zehnklassige Oberschule und die erweiterte Oberschule befinden sich in der Auslieferung an die Schulen (Verzögerungen in der Druckerei Schwerin haben die ursprünglich früher vorgesehene Auslieferung verhindert).

Antwort

zum postgradualen Studium für Lehrer im Fach Gesellschaftskunde

Eine Entscheidung über ein postgraduales Studium zum Erwerb der Lehrbefähigung für das Unterrichtsfach Gesellschaftskunde kann gegenwärtig aus folgenden Gründen nicht getroffen werden:

Die gegenwärtigen Übergangskonzepte für die zehnklassige

Oberschule, die erweiterte Oberschule und die Berufsausbildung können nur für das Schul- und Lehrjahr 1990/91 gelten. Sie beinhalten für die zehnklassige Oberschule und die Berufsausbildung - ausgehend von den im Februar 1990 gesehenen Erfordernissen - nebeneinandergestellt politische, ökonomische, religionskundliche, ethisch-moralische, soziale und ökologische Lerninhalte und Diskussionsangebote. In der Abiturstufe sind es wesentliche Fragestellungen und Aspekte philosophischen Denkens (Fragen philosophischer Anthropologie und geschichtsphilosophische Fragen).

Für die Regelschule z. B. ist mit dem vorliegenden Rahmenplan noch keine eindeutige und spezifische Bestimmung - gemessen an längerfristigen Erfordernissen - erfolgt. Damit fehlt eine wesentliche Bezugsgröße für die Bestimmung eines möglichen Profils für ein postgraduales Studium künftiger Lehrer für ein solches Unterrichtsfach. Außerdem würde eine Lehrbefähigung zu einem Zeitpunkt erteilt, zu dem das Unterrichtsfach bereits ein anderes Profil hat.

Folgende Weiterentwicklung ist vorgesehen: Um die Schüler auf ihr Leben und ihre Verantwortung in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat vorzubereiten, ist politische Bildung - ausgehend von einem gesellschaftsorientierten Politikverständnis - erforderlich, die sowohl als Prinzip des gesamten Unterrichts als auch über ein spezielles Unterrichtsfach vermittelt werden muß.

Eine relativ systematische Vermittlung von politischem Grundlagenwissen und die Entwicklung solcher Fähigkeiten die eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, könnte ab Klasse 7 einsetzen und entsprechend abgestimmt und graduiert bis zur Abiturstufe bzw. Berufsausbildung weitergeführt werden.

Eine überregionale und die verschiedenen Schulstufen berücksichtigende Projektgruppe könnte den dafür erforderlichen Rahmen erarbeiten.

Elterngruppen und Bürgerinitiativen sowie die Kirchen haben auf ethische und religionskundliche Defizite bei den Schülern hingewiesen. In der Überwindung dieser wird eine stärkere Lebenshilfe durch die Schule gewünscht.

Dem könnte durch ein Unterrichtsfach Ethik bzw. Lebensgestaltung etwa ab Klasse 5 entsprochen werden. Dazu muß aber auch durch eine entsprechende Projektgruppe ein Rahmenkonzept entwickelt werden, da eine Übernahme diesbezüglicher Rahmenlehrpläne aus Ländern der heutigen Bundesrepublik nicht möglich ist (es wird dort überwiegend als „Ersatzfach“ zum Religionsunterricht erteilt). Zum September 1990 wird den Schulen ein Rahmenprogramm für den fakultativen Unterricht in den Klassen 7 und 8 „Von der Gestaltung des persönlichen Lebens“ angeboten.

An die neuen Landesschulräte wurde bereits eine Bitte zur Unterstützung solcher Projektgruppen gerichtet. Daraus folgt, daß sowohl für die politische Bildung als auch für Ethik bzw. Lebensgestaltung ein Ausbildungsprofil (einschließlich eines postgradualen Studiums) aus den Sozial- und Politikwissenschaften, der Ethik und Philosophie konzipiert werden sollte.

Anlage 8

Antwort des Ministers für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft, Herrn **Dr. Peter Pollack**, auf die Frage des Abgeordneten **Dr. Gerd Gies (CDU/DA)** - Drucksache Nr. 118 -

Frage 10

In den vergangenen Jahrzehnten wurden in der DDR zahlreiche Veterinäringenieure ausgebildet. Heute stellt sich heraus, daß dieser Ausbildungsgang eine der für das SED-Regime typischen strukturellen Fehlentscheidungen war. Infolgedessen sind nunmehr ca. 2 000 Veterinäringenieure in ihrer beruflichen Existenz bedroht.

Welche Konzepte haben Sie für die Betroffenen?